

TI-AUSTRIA
PRESSEMITTEILUNG
15.06.2021

Resignation innerhalb der österreichischen Bevölkerung beim Thema Korruption

Transparency veröffentlicht Korruptionsbarometer für EU- Mitgliedstaaten

Wien / Berlin, 15.06.2021: Die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International präsentiert das **Global Corruption Barometer 2020 (GCB)** für EU-Mitgliedstaaten. Das GCB ist eine repräsentative Umfrage zu Wahrnehmungen und Erfahrungen der Bevölkerung in Bezug auf Korruption. Für das GCB wurden rund 40.600 Personen in 27 EU-Mitgliedstaaten befragt. Fast die Hälfte der befragten Bevölkerung in der EU gibt an, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Korruption keine gute Arbeit leisten.

Frau Prof. Eva Geiblinger, Vorstandsvorsitzende von TI-Austria, sagt zum Ergebnis: „Die Umfrage verdeutlicht, dass Korruption im täglichen Leben für die Bevölkerung in der EU nach wie vor eine große Rolle spielt. Dies sollte den Regierungen zu denken geben. Das Vertrauen der Bevölkerung in Entscheidungsträger ist essenziell für eine funktionierende Demokratie!“

Herr Luca Mak LL.M., Geschäftsstellenleiter von TI-Austria, erklärt: „Die Bevölkerung wurde u.a. zu Erfahrungen mit Bestechungszahlungen, Wahrnehmungen zur Verbreitung von Korruption sowie Einschätzungen welche Institutionen besonders betroffen sind, befragt.“

Ergebnisse Europäische Union

Laut dem Ergebnis des Global Corruption Barometer (GCB) - European Union, geht fast ein Drittel der Menschen davon aus, dass die Korruption in ihrem Land zunimmt.

Drei von zehn Befragten gaben an Bestechungsgelder gezahlt oder persönliche Kontakte genutzt zu haben, um Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung oder Bildung zu erhalten. Dies entspricht mehr als 106 Millionen Menschen in der Europäischen Union.

Ergebnisse Österreich

Aus österreichischer Sicht fällt dabei vor allem eines auf: Neun Prozent der befragten Bevölkerung in Österreich, welche eine öffentliche Dienstleistung in Anspruch genommen haben, gaben an dafür Bestechungsgelder bezahlt zu haben. Damit liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt von sieben Prozent.

Bestechung ist nicht die einzige Form von Korruption. Durch „Freunderlwirtschaft“ können Vorschriften umgangen werden. Indem man beispielsweise persönliche Kontakte nutzt, um eine (qualitativ bessere) öffentliche Dienstleistung z.B. im Gesundheitssektor, Bildungssektor oder auch Sozialleistungen zu erhalten. 40 Prozent der befragten Bevölkerung in Österreich gaben an persönliche Kontakte genutzt zu haben. Auch in dieser Kategorie liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt von 33 Prozent.

Geiblinger führt aus: „Österreich liegt in den entscheidenden Umfragekategorien über dem EU-Durchschnitt, leider in negativer Hinsicht. Dies zeigt deutlich, dass sich auch die jüngsten Ereignisse in der österreichischen Innenpolitik bei der Bevölkerung eingepreßt haben.“

Mak führt ein weiteres Element des Reports an: „Das GCB-EU beinhaltet auch Daten über geschlechtsspezifische Korruption. Bei dieser Art von Korruption werden Menschen mit Forderungen sexueller Art konfrontiert. Menschen werden z.B. zu sexuellen Handlungen im Austausch für Dienstleistungen, u.a. im Gesundheits- und Bildungsbereich, gezwungen. Neun Prozent der befragten Personen in Österreich wurden entweder selbst mit einer derartigen Forderung konfrontiert oder kennen jemanden. Auch hier liegt Österreich zwei Prozent über dem EU-Durchschnitt. Dies sollte die Alarmglocken schrillen lassen.“

Geiblinger gibt zu bedenken: „dass in Österreich die Bevölkerung den Glauben daran verliert, selbst etwas bewegen zu können und auch ein Teil der Lösung zu sein. Die allgemeine Resignation in Bezug auf das Thema Korruption wird immer deutlicher spürbar!“ Mak dazu: „In Österreich ist weniger als die Hälfte der Bevölkerung davon überzeugt Korruption verhindern oder minimieren zu können. Der Unterschied zu anderen EU-Mitgliedstaaten (67 Prozent) ist bedauerlich.“

„Die Umfragedaten geben Anlass zur Sorge und müssen als Weckruf dienen! Verlorenes Vertrauen innerhalb der Bevölkerung wieder zurückzugewinnen ist sehr schwer. Ob dieses Ergebnis in den nächsten Jahren, u.a. durch die Verschärfung des Korruptionsstrafrechts, verbessert werden kann, bleibt abzuwarten. Die Umfrage verdeutlicht, dass Minimallösungen beim Thema Transparenz für die Bevölkerung nicht akzeptabel sind!“, meint Geiblinger.

Mak weist darauf hin, dass: „vor allem der Schutz von Hinweisgebern, die Verschärfung des gesetzlichen Rahmens für Lobbying und Mechanismen zur Vermeidung von

Postenschacher in Österreich Problembereiche darstellen. Die Regierung muss sich bei der gesetzlichen Umsetzung am internationalen Standard orientieren.“

Methodik:

Für das GCB 2020 wurden 40.600 Personen in 27 EU-Mitgliedstaaten befragt. In Österreich wurden 903 Erwachsene durch das Unternehmen Kantar TNS Info Research Austria, im Auftrag von Transparency International, interviewt. Die Feldstudien wurden zwischen 13. Oktober und 6. Dezember 2020 mittels telefonischer Interviews durchgeführt. Anders als beim Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) basiert der GCB nicht auf Experteninterviews, sondern auf Meinungsumfragen innerhalb der Bevölkerung.

- Der vollständige Bericht (in **Englisch**) kann **ab 15. Juni (06:01 Uhr)** auf der Website des **TI-Sekretariats** abgerufen werden: <https://www.transparency.org/en/> (Global Corruption Barometer – European Union)

TRANSPARENCY INTERNATIONAL AUSTRIA

Kontakt für Rückfragen:

Luca Mak LL.M. (WU)

Geschäftsstellenleiter TI-Austria

Tel.: +43 (0)1 960 760

E-Mail: office@ti-austria.at